

Die Wahrheit in den Fakten suchen

Zur innergewerkschaftlichen Diskussion um Rechtsoffenheit

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der GEW Hamburg am 24. April 2023 ist ein Antrag des Vorstands mehrheitlich angenommen worden, der besagt, dass dem *Hamburger Forum* (einer Gruppe der Friedensbewegung, die maßgeblich die Ostermärsche in Hamburg organisiert) keine Räume mehr im Curio-Haus unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden (*hlz* 5-6/2023, S. 44). In einer Tischvorlage des Vorstandes zum Gewerkschaftstag heißt es, es sei ein »Problem, dass bei Veranstaltungen und Publikationen des Hamburger Forums zunehmend rechte Zusammenhänge und für rechte Magazine schreibende Autoren auftauchen, – ohne dass für eine Abgrenzung gesorgt wird.« In der zweiten Vorstandes-Tischvorlage zum *Jour Fix/Gewerkschaftslinker* (ein traditioneller Zusammenschluss linker Gewerkschaftsmitglieder in den DGB-Gewerkschaften) werden deren Verbindung zu den Querdenker-Demonstrationen in Hamburg kritisiert. Auch ihnen hatte der Landesvorstand im Mai 2023 die unentgeltliche Raumnutzung im Curio-Haus aufgekündigt.

Meinungsverschiedenheiten mehrerer Initiativen aus Hamburgs linkem Spektrum wurden schon Ende 2022 öffentlich bekannt. Am 17. Oktober 2022 veröffentlichte das *Hamburger Bündnis gegen Rechts* (keine-stimme-den-nazis.org) einen offenen Brief an das *Hamburger Forum*. In diesem Brief werden ähnliche Kritikpunkte wie die in der Tischvorlage benannt.

Auseinandersetzungen um die Strategie und Taktik linker Politik (wer schließt mit wem Bündnisse?) angesichts des Überfalls Russlands auf die Ukraine finden ihren Widerhall auch auf bundespolitischer Ebene – nicht nur innerhalb der Gewerkschaften. Stellvertretend genannt sei hier die Auseinandersetzung zwischen der *VVN-Bund* und dem Personenkreis, der sich unter *frieden-links.de* organisiert (*Falsche Frontstellung. Erklärung der VVN-BdA zur Diffamierung durch die Sprecher*innen Initiative Frieden-links* vom 12. Juli 2023 versus *Stellungnahme zu Verleumdungen der VVN-BdA-Vorsitzenden: Lügen haben kurze Beine und sind Kriegspropaganda*). Die Stellungnahmen sind im Internet leicht zu finden.

Streit um Organisationen und Personen

Dem *Hamburger Forum* werden von der GEW folgende Kontakte vorgehalten: 2014: *Montagsmahnwachen*; 2017: *Deutsche Mitte*; *Querdenker*-Demonstration am 2. Juli 2022 mit der Partei *dieBasis*; Demonstration am 1. September 2022 (Antikriegstag): Elyah Tabere (Filmer mit Verbindungen zu *AfD* und *Elsässer/Compact*); Demonstration des *Hamburger Forums* am 1. Oktober 2022 *Gemeinsam für den Frieden. Diplomatie statt Waffen*: Zusammenarbeit mit der Partei *dieBasis*; im *Rundbrief* 8/2022 des *Hamburger Forums*: Artikel von Hannes Hofbauer.

Zu *Jour Fix/Gewerkschaftslinker* wird genannt: Teilnahme an den Kunsthallendemonstrationen (*Querdenker*). Die Anmelderin Johanna Darmstadt war bereits im Mai 2021 Teil der *Querdenken*-Kampagne *DankeAllesDichtMachen*. Die *Querdenker*-Demos an der Kunsthalle am 5. und am 19. Februar 2022 werden moderiert von Thomas Kuhn (»Redner Kuhn relativierte am 2. Jahrestag die rassistischen Morde in Hanau«).

Wut in Zeiten der Pandemie

Die Autor*innen der Tischvorlage schreiben über das *Hamburger Forum*: »Das Hamburger Forum hat sich in den letzten Rundbriefen und Aktivitäten mehrfach nach rechts offen geäußert bzw. nach rechts offen agiert«. Einige GEW-Mitglieder widersprechen dieser Einschätzung, wie die Stimmung und Abstimmungsergebnisse auf dem Gewerkschaftstag zeigten. Der Personenkreis um *frieden-links.de* nennt die Vorwürfe, die gemacht werden, »denunziatorische Kontaktschuldzuweisungen« und »Gesinnungs-TÜV«. Der Ton, in dem die Auseinandersetzung geführt wird, ist rau.

Was ist mit »Rechtsoffenheit« gemeint? Was und wo schreibt ein vom *Hamburger Forum* eingeladener Autor wie Hannes Hofbauer? Wie ist die Gruppierung *Die Basis* politisch einzuordnen? Und: Ist die Forderung, sich von solch einem Personenkreis zu distanzieren, angemessen? Diesen Fragen möchte ich im Folgenden nachgehen. Nicht jede Handlung bzw. Äußerung dieses Personenkreises kann hier überprüft und dokumentiert werden. Dies geschieht nur exemplarisch. Das Handeln von Redakteur*innen und Autor*innen der Zeitschrift

Demokratischer Widerstand (DW) wird dabei als Exempel ausgewählt. Diese Zeitschrift wurde in Berlin bei Ausbruch der Corona-Pandemie gegründet, um Menschen, die gegen die Corona-Politik der Bundesregierung auftreten wollten, ein Forum zu bieten. Sowohl der in der Tischvorlage erwähnte Hannes Hofbauer als auch Mitglieder der Partei *dieBasis* sind mit dieser Zeitschrift – mehr oder weniger fest – verbandelt.

Die Zeitung

Die Hauptfigur, der Macher, Herausgeber und Kontaktknüpfer des *Demokratischen Widerstandes* ist Anselm Lenz. In *DW* Nr. 26 (14.11.2020) auf Seite 15 beschreibt er sich nicht uneitel folgendermaßen: »Ich bin links. So will es nicht der liebe Gott, gegen den ich nichts habe, sondern meine Herkunft aus der Klasse der Lohnabhängigen. [...] Ich wurde es [...] als einer, der sich nicht an den Karrierechancen ergötzt und nicht einmal der eigenen intellektuellen Überlegenheit [...] wegen«. In dieser Kurzbiografie beschreibt er gleichzeitig das »Programm« seines *DW*: »Echte Linke [...] sind nicht gegen Demokratie und Freiheit«. »Echte Linke« müssten ihren Blick auf große Dinge richten. Die »Nation« sei ein »originär linke[s] Projekt«.

Dieser »Nation« werden erstaunliche Fähigkeiten zugeschrieben. Und das hebt er mit einem Ausrufezeichen deutlich hervor: »Die Nation ist der einzige (!) Träger der Demokratie.« Aha: Ein »Linker« muss für das »Nationale« sein, weil er »Demokratie« anstrebt. Und die »Freiheit« bedroht ein buntes politisches Gemisch: »Hinter die Erregungenschaft der Freiheit, hier: des Grundgesetzes (S. 16), geht es nicht zurück, schon gar nicht für die konzerngeführte EU, das obsolet gewordene Kriegsbündnis NATO und die Demokratieleugner des Corona-Regimes.« Diejenigen, die die Grundgesetz-garantierte Freiheit einschränken wollten, müssten mit einem »neuen Gesellschaftsvertrag, ja, für unser aller Deutschland« in ihre Schranken verwiesen werden. – Ein*e Schelm*in, wer da an »Deutschland über alles« denkt.

Ohne Pöbelei gegen die allgegenwärtige, feindliche »Regimepresse« geht es in dieser Polemik auch nicht. Der *DW* nutzt Sprachkonstruktionen von *AfD/Pegida* und Co., um das Spiel der Delegitimierung »des Staates« zu betreiben. Noch nicht vergessen sind Ängste vor der Virusinfektion, vor Beatmungsgeräten, dem Lockdown und Bewegungseinschränkungen, Klopapiermangel, Ischgl etc. Wir erinnern uns an die Zeit Anfang 2020. Antworten auf die Frage, wie die Probleme zu lösen sind, wurden viele gegeben. Die *DW*->Analyse« lautet kurz und bündig: Es handele sich um einen »militaristisch(en) und nazistisch(en) »Impf-

Zwang« oder »Corona-Putsch« (Nr. 62). »Absolut zweifelsfrei« sei »bewiesen«, dass es um »Überwachungspässe, Segregation bis hin zur Apartheid, Spaltung, Unterdrückung, Terror von Seiten des Staates und Massenmord in genozidalen Dimensionen« ginge, »dem umfassendsten Lügenregime der Weltgeschichte«. »Diesem neofaschistischen und militaristischen Blutzoll gegenüber steht kein einziger positiver Effekt«. In der *DW*-Ausgabe Nr. 42 (S. 13) titelte die Redaktion großsprecherisch: »Wir haben den letzten Schritt zum Faschismus erreicht«.

Dieses grob geschnittene Weltbild mit einer Mischung aus »Terror«, »Putsch«, »Genozid«, »Nazi-...«, wöchentlich eingehämmert in die Gehirne, soll seine Wirkung nicht verfehlen und Leser*innen zu Aktionen drängen. Da »der Faschismus« vor der Tür stehe, müssten selbstverständlich auch persönliche Handlungen zur Gegenwehr in Erwägung gezogen werden. Bisher hätte die »politmediale Kaste« nur gebremst und »nicht von ihrem wahnhaften Ziel (das sie selber kaum kennen) ab[ge]bracht« werden können (*DW* Nr. 85, S. 12). Er, Lenz, könne »es niemandem verübeln, wenn er zur Verteidigung von sich selbst, seiner Familie und seinen Freunden sich nun auf alles vorbereitet.« – Was meint er mit »sich auf alles« vorbereiten? Wohin mit den geschürten Ängsten? Will er sich wie sogenannte »Reichsbürger« »verteidigen«, sogar mit Waffengewalt? Wie die »Selbstverwalter«? Wie die sogenannten völkischen Neu-Siedler in ihren »befreiten« Gebieten in Sachsen-Anhalt oder anderswo? Auszuschließen ist nichts bei so einer Art von »Analyse«.

Lenz' Methode und somit auch die seiner Zeitschrift *DW* ist infam: Er nutzt die Begriffe, mit denen Nazi-Verbrechen beschrieben werden (»Segregation«, »genozidal« etc.), um mit ihnen seine politischen Gegner*innen zu diffamieren – und er relativiert gleichzeitig (»umfassendstes Lügenregime«): Nichts soll schlimmer erscheinen als das, was heute zu beobachten ist. Das nennt man*frau »Geschichtsfälschung«. Ähnlichkeiten mit der Strategie der AfD sind unschwer zu erkennen (vgl. *hlz* 12/2020, S. 52, *hlz*-Dossier auf der GEW-Homepage).

Seine Mitstreiter*innen verstehen sich ebenfalls gut auf die Methode der Stimmungsmache. Redaktionsmitglied Hermann Ploppa, »Russland«-Spezialist und auch für »Wirtschaft« verantwortlich, schrieb in *DW* Nr. 19 (S. 7): »Das Stürmchen auf den Reichstag war inszeniert. Einer der fuchtelnden Polizisten ist sogar als Schauspieler bekannt«. Witzig, sollen sie doch ihre Reichsfahnen schwenken und wenn die Polizei dann noch ihre

Leute richtig einsetzt... Noch vor der Ukraine-Invasion »analysierte« er: »Zur gleichen Zeit stehen die NATO-Truppen bis an die Zähne gerüstet zirka hundert Kilometer vor Sankt Petersburg. Der Ton der NATO gegen Russland wird mit jedem Tag aggressiver. Rüpelhafter.« (*DW* Nr. 73 vom 28.12.2021, S. 4) Einige Nummern später wird die Nato-Kritik zur Kriegs-/Invasionsechtfertigung. In Nr. 88 schreibt er über die Regierung der Ukraine ganz im Stile der Putin-Ideologen: »Es ging also darum, die faschistische Junta, die im Fortgang des Maidan-Putsches die Macht bis heute an sich gerissen hat, zu entfernen. Doch die Offensive auf Kiew scheiterte auf der ganzen Linie. Das Nazi-Regime erwies sich als besser verankert und vernetzt als angenommen.« Nennen wir es einmal so: Die Komplexität der politischen Entwicklung will oder kann Ploppa nicht erfassen.

Wo Putin bejubelt wird, ist Trump nicht fern: »Der rätselhafte Steilaufstieg des Joe Biden in der Nacht vom 3. zum 4. November 2020: Wer die Wahlveranstaltungen (Election Rallies) im Oktober 2020 in den USA verfolgte, für den war am 3. November in der Wahlnacht klar, dass US-Präsident Donald Trump die Wahlen mit einem Erdrutschsieg gewann. Doch erstaunlicherweise wurde es nicht festlich laut, sondern verdächtig still. Was ging vor?« (Nachdruck dieses »Standpunktes« von Yana Milev, der, so meint der *DW* in Nr. 31, 24.12.2020, S. 4, »in deutschen Medien ansonsten völlig unterdrückt oder entstellt kolportiert wird.«) – Ja, was täten wir, wenn wir die *DW*-Redaktion nicht hätten? Verschwörungserzählungen zu lancieren, ist eine schöne Aufgabe, fast so schön, wie bitcoins zu bejubeln. Da blitzt gleich die große Rettungsillusion vor Bankenmacht und EU-Bürokratie auf. Dann wären da noch Geheimzirkel, die die Geschichte Deutschlands und der »Erde« bestimmen: »Der »Great Reset« des sogenannten Weltwirtschaftsforums ist keine gute Sache für 99 Prozent der Erde und er ist demokratisch nicht legitimiert.« Wir beschränken uns hier auf diesen kurzen Blick auf diese Inhalte der Zeitung.

Das »Querfront«-Konzept: Der *DW* knüpft Bündnisse

In den Anfängen der Zeitung definierten sich die Macher*innen als »linke« Kritiker*innen der Anti-Corona-Maßnahmen der Regierung. Das drückt Lenz mit seinem »Ich bin links«-Artikel aus. Deshalb sollten ausgewiesene Linke im *DW* mitmischen, wie mit einigen Artikeln z. B. Knut Melenthin, ehemaliger leitender Kader des *Kommunistischen Bundes (KB)*. Er stellte allerdings nach einigen Ausgaben seine Mitarbeit ein. Zu dieser Zeit verschoben sich die Schwerpunkte des Bündniskonzeptes.

Das »politische Koordinatensystem« habe sich »diametral verschoben«, formuliert Ralph T. Niemeyer im *DW* Nr. 27 (S. 10) sein »Querfront«-Konzept. »Was einst als ultra-linke Forderung gegolten hat, ist plötzlich opportun in rechten Kreisen. Umgekehrt befürworten aufgeklärte Linke plötzlich den staatlichen Kontroll- und Regelungswahn, der ansonsten von Rechten gefordert wird.« *DW*-Autor*innen müssen sich, so ist zu folgern, nicht lange mit Abgrenzungen gegen Rechts abgeben, denn was gestern rechts war, ist heute links und umgekehrt. Und: Bei der Auswahl der Schreiberlinge kommen auch rechte Autor*innen zu Wort. Dies soll von den Leser*innen toleriert werden, oder anders ausgedrückt: Sie müssen daran gewöhnt werden.

Redaktionsmitglied Ullrich Mies wählt in *DW* Nr. 26 (14.11.2020, S. 15) unter der Überschrift *Querfront oder Burgfrieden* dann auch eine nationalistische Ausdrucksweise: »Zunächst gilt es festzuhalten, dass die transatlantischen Globalisten seit mindestens 30 Jahren den Nationalstaat, die kulturellen Traditionen der Völker, das nationale Erziehungs- und Bildungswesen und alle auf nationalstaatlicher Ebene gewonnenen demokratischen Errungenschaften unter Druck setzen, zersetzen und zerstören.« Was also vor einigen Jahren nur in rechten Kreisen beschworen wurde: dass die »nationale Identität der Deutschen« gefährdet sei, wird für ihn zur allgemeingültigen Gewissheit. Im 2020 gegründeten *DW* wird das zukünftig als politische Weisheit verkauft. Mit dem Begriff des »Nationalen« öffnet Mies die Tür für ein neues Bündnisspektrum. Als Fazit seines Artikels folgt dann diese Passage, die mit den gleichen Stilmitteln arbeitet, wie oben bei Lenz gezeigt: »Wir müssen uns der Covid-Zerstörungsgorgie und dem faschistischen Merkel-Regime entgegenstemmen und seiner Schreckensherrschaft ein Ende setzen, bevor es definitiv zu spät ist. Hierzu müssen wir ein Bündnis aller Demokraten von links bis konservativ und patriotisch schmieden. Rassisten, Hassprediger oder Chauvinisten stehen außerhalb dieses Bündnisses.« Es ist ziemlich spitzfindig, sogenannte »Patrioten« zu hofieren und »Rassisten« auszuschließen. Das Spezialgebiet von »Patrioten« ist der sogenannte »Ethnopluralismus«, eine andere Art, die »Rassentrennung« zu fordern.

Die eigene Leserschaft weiczuklopfen, funktioniert auch mit der Methode, ihr ein schlechtes Gewissen zu machen. Ob das von der Zielgruppe bemerkt wird, ist für die Redaktion nebensächlich. Gleichzeitig wird der Terror der Nazi-Banden verniedlicht. Das versuchen die Redaktionsmitglieder Batseba N'Diaye und Johnny Rottweil in einem Artikel, der zur Sicherheit (keine*r soll ihn ver-

passen!) sowohl im *DW* Nr. 26 als auch 27 abgedruckt wird: »Die bürgerlichen Kinder (insbesondere der Nazis) haben seit der Hippie-Zeit nach 1968 viel mit ihren Fetisch-Themen zutun: Hinter jeder Hecke könnte ein Faschist lauern, hinter jeder angemalten Betonmauer eine Kommunistin. Ansonsten geht es viel, sehr viel, um die eigene Sexu*ali_tät, das wertvolle Wohlbefinden und den eigenen Status. Man möchte günstiges Hauspersonal für die geerbte Altbauwohnung und beansprucht doch moralische Reinheit. Todeslüsterne Nazis oder wild entschlossene Kader-Stalinisten gibt es 2020 kaum mehr. Eine Bedrohung für Demokratie, Wissenschaft, Rechtsstaat und Pressefreiheit geht im Deutschland der Gegenwart, leider, von der ultra-extremistischen und gewaltbereiten Regierung Angela Merkels aus. [...] Rationale Demokratinnen und Demokraten wenden sich aus Notwendigkeit gegen den neuen Totalitarismus – und lassen ansonsten, gleichsam, die Kirche im Dorf.« (sic!) Na, wenn es keine Nazis mehr gibt, dann müssen wir auch nicht hinschauen, wen wir einladen, bei uns mitzumachen, so ihre Devise. Und die Begriffsverdrehung wird gleich mitgeliefert. Die alte, falsche Totalitarismus-Theorie wird entkernt und – schwupp – umdefiniert und die Regierung damit beschrieben. Aus Worten folgen Taten. Sie lassen »die Kirche im Dorf«, für sie gibt es nichts zu bemängeln an den neuen Autorinnen und Autoren.

Und so läuft sie denn auf, die Kohorte, die bisher von Lenz und Co. in ihrer »linken Jugend« gemieden worden ist. Und die bläst ins selbe Horn! Der Neuzugang wittert Erfolg beim Einstieg in dieses Zeitungsprojekt. Ellen Kositzka (bürgerlicher Name: Ellen Schenke-Kubitschek) durfte in Nr. 26 unter dem Titel *Ich bin rechts* Folgendes schreiben: Sie stelle fest, »... dass es »Linke« und »Rechte«, die nur links oder nur rechts sind, im strengen Sinne kaum gibt, nicht mal unter den dezidiert politisch Engagierten. ... < In der Tat!« Das Zitat in diesem Zitat, dessen Inhalt Schenke-Kubitschek teilt, ist von ihrem Kampfgefährten Martin Lichtmesz (bürgerlich: Martin Semlitsch). Sie hätte auch schreiben können: »So schlimm, wie Linke behaupten, bin ich doch gar nicht.« Diese Nebelbombe braucht sie nicht zu werfen, um ihre Anbiederung zu verschleiern. Ihre Eintrittskarte für den Zutritt zur Zeitung hat sie ohne Verstellung erwerben können. Stolz, so scheint es, stellt der *DW* die neue Autorin mit ihrer politischen Vita vor: »Ellen Kositzka lebt als Lektorin und Redakteurin der konservativen Zeitschrift *Sezession* in Sachsen-Anhalt. Sie steht der Partei AfD nahe.« Verschämt verschweigt der *DW*, dass die »konservative« Schenke-Kubitschek und ihr *Institut für Staatspolitik* vom Verfassungsschutz beobachtet wird, genau wie alle ihre Gefolgsleute, die im *DW* schreiben dürfen. Um vorzu-

gaukeln, dass sie politisch unschuldig ist, nennt sie ihre Lektüre-Lieblinge: »Zu meinen literarischen Helden zähle ich [...] Benn, Jünger« »Jünger«? Empfehlenswert? Dieser Ernst Jünger mit seinen faschistoiden Vorstellungen wie: »Das tiefste Glück des Menschen besteht darin, daß er geopfert wird, und die höchste Befehlskunst darin, Ziele zu zeigen, die des Opfers würdig sind«? – So wissen wir nun, wohin die Reise mit den Kubitscheks und ihrem Klüngel geht. In der Folgenummer durfte der nächste *Sezessions*-Autor, Benedikt Kaiser, Lektor in Götz Kubitscheks *Antaios-Verlag*, bekennen: »Ich bin rechts« (*DW* Nr. 27, 21.11.2020, S. 10) Und auch der *Sezessions*-Autor Martin Lichtmesz schrieb später in *DW*.

Kositzka und ihr Partner Götz Kubitschek führen das *Institut für Staatspolitik* (hierzu: *hlz*, s. o.). Beide gehören nach Meinung von *DW*-Autor Mies zum Bündniskreis der Zeitung und sollen nicht außerhalb stehen. Für den *DW* Nr. 94 (18.6.2022) gab Kubitschek einen seiner Texte aus der *Sezession* frei. Anselm Lenz nennt ihn »Offizier der Bundeswehr«, »Germanist, Verleger (Antaios) und Chefredakteur der Zeitschrift *Sezession*«, ein »renommierter Autor«. Natürlich »vergaß« er bei der Lobpreisung des Autors dessen politische Nähe zur rechten Münchener Burschenschaft *Danubia*, seine Höcke-AfD-Kontaktpflege und seine Nennung im Verfassungsschutzbericht des Bundes. Ob Lenz begriffen hat, warum Kubitschek gerade ihm für seinen *DW* einen Artikel zur Verfügung stellt? Nicht er, Lenz, ist der Planer, ein anderer beobachtet und überlegt, wie der durch *DW* geweckte Aufruhr genutzt werden kann: »Sollten je (aufgrund von echten Engpässen und Absatzlücken) Entladungsszenarien in den Bereich des Möglichen geraten, wird man Sündenböcke finden und interessiert feststellen, daß man mittels Propaganda gerade woke Leute in einen Mob verwandeln kann.« Na, Herr Lenz, dann tanzen Sie mal nach Kubitscheks Pfeife!

Ende Juli 2022 verkündete dann das *Institut für Staatspolitik* einen Auftritt von Lenz bei deren Sommerfest. So einen will sich Kubitschek natürlich warmhalten. Lenz bestätigte seinen Auftritt im *DW* Nr. 106 (1.10.2022, S. 13). Er interviewte für *DW* auch Martin Sellner (*Identitäre Bewegung Österreich*) und ehrte »den Jürgen« Elsässer (Duz-Freund von Eliyah Tabere, siehe oben): »Er ist kontrovers und gilt auch manchen *DW*-Lesern als »zu rechts«. Was ihm unter dem Corona-Putsch gelungen ist, ist aller Ehren wert: Der Journalist Jürgen Elsässer hat über die Corona-Lüge aufgeklärt.« (*DW* Nr. 90, S. 4) Elsässer selbst schrieb im *DW* Nr. 31 (24.12.2020): »Seit unserer ersten Ausgabe 2010 (von *Compact*, Anm. W.S.) haben wir versucht, unsere publizistische Feuerkraft zur

Unterstützung von Stimmungen und Bewegungen einzusetzen, die das Regime kippen wollten. [...] Aber ich habe in den letzten Monaten auch erkannt: Der Angriff, der mit der inszenierten Pandemie von den Eliten gefahren wird, geht nicht nur gegen die Nationen, sondern gegen unsere Gattung als solche«. Nun ›feuern‹ sie gemeinsam.

Im Januar 2023 wird das Konzept der Querfront in *DW* (Nr. 118, S. 7) erweitert. Diesmal darf der Rechtsanwalt und Gründer der *Freien Sachsen* (Chemnitz), Martin Kohlmann, den Leser*innen seine Taktik ans Herz legen: »Ein Teil des Erfolgsrezeptes war die größtmögliche Abwesenheit jeglicher Distanzeritis: ob alternativer Gesundheitsfreak, ›Reichsbürger‹, AfD-Mitglied, evangelikaler Christ, ex-grüner Friedensaktivist – wenn man erst auf das Gemeinsame guckt und dann gar nicht so sehr auf das Trennende, ist vieles möglich!« Habe man erst einmal seine Rechte durchgesetzt, dann sei »fast egal, unter welcher Fahne das Schiff segelt«. Und damit auch alle Leser*innen wissen, um was es geht, fügt er an: »Demokratie muss nicht immer Gutes hervorbringen. Für viele sicher ein verstörender Gedanke ... Und um noch eins draufzusetzen: Ein weniger demokratisches System kann mitunter mehr Freiheit zulassen.« Vielleicht hat der ›wertgeschätzte Herr‹ Kohlhammer ja bei seiner Anwaltstätigkeit – Verteidigung von Neonazis – gut aufgepasst und sich ideologisch inspirieren lassen (*SZ*, 29.11.2021). Auch ›Reichsbürger‹ werden hier als mögliche Bündnispartner ins Spiel gebracht. So? Auch wenn sie morden? Das Redaktionsmitglied N'Diaye Batseba schreibt: Sie habe gesehen, wie die »Demokratiebewegung zur Querfront wurde« – mit den »*Freien Sachsen*«. Im nächsten Satz bring sie es auf den Punkt: »Ab Ende 2021 wurde sie erst richtig gut! Wir wollen mit ›den Rechten‹ zusammengehen, die uns im Winter 21/22 wirklich ›den Arsch gerettet‹ haben.« Die Rechten werden bejubelt wie der Auftritt des ›Führers‹. Gefährlich, dieser Überschwang!

Anselm Lenz weiß es natürlich wieder mal am besten: »Das Regime ist am Ende. Jede Entscheidung, die es trifft, führt es nur näher an seinen eigenen Abgrund. Für die Demokratiebewegung ist es allerhöchste Zeit, Betriebskampfgruppen, Gewerkschaften und Bürgerwehren aufzubauen« (*DW* Nr. 117, S. 7). Und natürlich: Eine Zusammenarbeit mit der AfD gehört gleichfalls in das Konzept von *DW*. In Nr. 73, S. 12/13, interviewte Alexandra Motschmann für die Leser*innen die AfD-Funktionäre Lars Hünich, AfD-Landtagsabgeordneter in Brandenburg und Christoph Berndt, AfD-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg. Diese Wahlwerbung wirft Fragen auf. Eine andere Partei – *dieBasis* – will ja auch unterstützt werden.

Was hat die GEW mit all dem zu tun?

In der Tischvorlage des GEW-Vorstandes wird dem *Hamburger Forum* vorgehalten, in seinem *Rundbrief* 8/2022 Hannes Hofbauer zu Wort kommen gelassen zu haben. Nun muss sich Hannes Hofbauer in der Tat fragen lassen, warum er im Dezember 2020 in der Zeitschrift *DW* Nr. 31, die oben zitiert worden ist, ebenfalls einen Artikel veröffentlicht – wissend, dass diese Zeitschrift keine Skrupel hat, Verschwörungserzählungen und ausgewiesene rechte Positionen zu verbreiten. Denn klar ist: Hofbauer konnte nachlesen, wie die Macher*innen des *DW* einige Nummer vor seinem Beitrag die Strategie und Taktik gemeinsam mit Rechten diskutiert hatten.

Offensichtlich war ihm das egal – sonst hätte er im *DW* keinen Beitrag veröffentlicht. Vertritt die Zeitung genau das, was er selbst propagiert und ist sie somit für ihn die ideale Bündnispartnerin? Er schreibt in seinem Artikel über »Corona-Wahn« und stimmt mit den Zustandsbeschreibungen des *DW* überein: »Die massive staatliche Repression gegen die Demonstrant*innen und die beginnende Zensurwelle gegen Medien, die ihnen wohl gesonnen sind, zeigen, dass der Staat den gefährlichen Charakter dieser Bewegung erkennt«. In seinem Aufsatz stellt er fest, dass »der menschliche Körper und die menschliche Erfahrung« zum »Investitionsfeld« wird. Er schlussfolgert: »Ein gemeinsam getragener Widerstand gegen die Allianz von autoritärem Staat und den neuen kapitalistischen Leitsektoren ist notwendig.« Das lässt sich leicht als Aufforderung zur ›Querfront‹ interpretieren, wäre allerdings in früheren Zeiten auch als linke Strategie akzeptiert worden.

Nur: Wenn in der Zeitschrift *DW* heute das »Gemeinsam« gefordert wird, dann ist der Kontext entscheidend, in dem diese Forderung erhoben wird. Der Kontext ist das von der Redaktion des *DW* definierte Bündnisumfeld. Sollte das Hannes Hofbauer nicht gefallen, hätte er sich in seinem Artikel genauer ausdrücken müssen. In einem Publikationsorgan, das nicht das Geringste mit einem linken Diskussionsorgan zu tun hat, wird seine Aussage als Zustimmung zur Strategie gelesen. Allerdings: Nach diesem Artikel erschien in *DW* kein weiterer Artikel von ihm. Sollten die im *DW* sich positionierenden rechten Gestalten doch abschreckend gewirkt haben? Wer will den Zweiflern widersprechen? Denn: Hofbauer schrieb später auch für *compact-online*, der Zeitschrift von Jürgen Elsässer (vgl. 21.10.2021, 11.11.2021). Im Verfassungsschutzbericht des Bundes 2020 und 2021 wird *Compact* in der Rubrik *Rechtsextremistische Akteure der Neuen Rechten* aufgelistet. Hofbauer weiß, was er tut, er kann ja lesen.



Wer also in unserer Gewerkschaft die Partei *dieBasis*, wie das *Hamburger Forum* es macht, als »bürgerliche Partei« einordnet, der muss die Frage beantworten, warum prominente Mitglieder der *Basis* den *Demokratischen Widerstand* mit all seinen wirren, hetzerischen, aufwiegelnden Beiträgen nutzen, um sich bekannt zu machen – und warum sich viele Mitglieder dieser Partei in das Querfront-Bündnis einbinden lassen oder es aktiv vorantreiben.

Ein anderer wesentlicher Vorwurf des GEW-Vorstandes ist das Offen-Sein gegenüber einer Partei-Neugründung wie *dieBasis*. Ruft man*frau die Homepage dieser Partei auf, dann soll das Erscheinungsbild seriös-bürgerlich sein. Das hält aber viele Mitglieder dieser Partei nicht davon ab, sich im *DW* zu präsentieren. Die *DW*-Macher*innen knüpfen die vielfältigsten Verbindungen zu dieser Partei. Beispielhaft sei genannt: *DW* Nr. 54, S. 7: »Anlässlich der ersten Geburtstagsfeier der Partei Die Basis spricht der DW mit Dietmar Lucas, dem Basis-Spitzenkandidaten für die Berliner Abgeordnetenhauswahl am 26. September 2021.« Das Interview führte *DW*-Mitarbeiterin Ronja Palmer. Oder: *DW* Nr. 86, S. 13, Interview mit Prof. Martin Schwab, Partei *dieBasis*, der in Nordrhein-Westfalen Wahlkampf führte (»Landeslistenester«). In einem Papier der Hamburger Ortsgruppe der Partei *dieBasis* wird der *DW*-Ressortleiter Hermann Ploppa als Mitglied der Partei (KV Marburg-Biedenkopf/Demokratischer Widerstand) bezeichnet. Anselm Lenz meint: »Als einzige Partei macht die Partei Die Basis eine durchweg aufrichtige Figur.« (*DW* Nr. 62, S. 7) Da müssen sich die »Herrn« von der AfD strecken, wenn sie einen Fuß in die Tür bekommen wollen.

Wer also in unserer Gewerkschaft die Partei *dieBasis*, wie das *Hamburger Forum* es macht, als »bürgerliche Partei« einordnet (vgl. *Rundbrief* 7/2022 vom 14.10.2022, S. 2), der muss die Frage beantworten, warum prominente Mitglieder der *Basis* den *DW* mit all seinen wirren, hetzerischen, aufwiegelnden Beiträgen nutzen, um sich bekannt zu machen – und warum sich viele Mitglieder dieser

Partei in das Querfront-Bündnis einbinden lassen oder es aktiv vorantreiben.

Fazit: *Demokratischer Widerstand* und sein rechtes Bündnisumfeld verbreiten gewerkschaftsfeindliche Positionen. Dem ist entschieden entgegen zu treten! Nicht nur, weil sie bewusst rechte Narrative nutzen und sich aktiv in rechte Strategien und Ziele einbinden, sondern auch durch ihre gewerkschaftsfeindliche Taktik: Im *DW* ruft die von Lenz auf den Weg gebrachte Anti-Gewerkschaft *Demokratische Gewerkschaft* zu Spaltungen des DGB auf (hierzu: *hlz* 12/2020, S. 51-55), im Gewand einer »Politik von unten«, die aber nicht innergewerkschaftliche Kritik, sondern Teil des »großen Umsturzes« sein will – eines Umsturzes von der Art, die wir als Gewerkschafter*innen nicht wollen können, weil sie allem Emanzipatorischen an den Kragen ginge.

WOLFGANG SVENSSON,
Ruheständler